

ROLF WETTSTÄDT

Bürgerrechte als unverzichtbarer Bestandteil sozialistischer Politik

Rolf Wettstädt – Jg. 1951; lebt in Nauen.
Landwirtschaftslehre,
Studium der Journalistik;
Redakteur, Ausstellungsgestalter, Melker, LPG-Mitglied, Traktorist, Öffentlichkeitsarbit (Landesbühne Sachsen), LKW-Fahrer.
1969/73 Mitglied der NDPD,
1975 Kandidat der SED (abgelehnt), Oktober 1989 Neues Forum, 1990 Kreistagsabgeordneter, 1991-94 MdL, 1993-97 Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen.

Als mich Wolfgang Gehrcke letzten Herbst fragte, ob ich mich auf dieser Konferenz äußern wolle, habe ich sofort zugestimmt, weil mich das Thema schon 30 Jahre beschäftigt, ohne je zu ahnen, welche Brisanz es heute haben sollte. Als erstes gehört ein grundlegendes Mißverständnis ausgeräumt. Ich rede nicht über Bohley, Eppelmann und Co., nicht über vermeintliche Bürgerrechtler, sondern über Rechte von Bürgern, ihre Beschränkung, Wahrung und Ausgestaltung.

So rede ich zu Engagierten, zu Demokraten, auch in der PDS, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einfordern und durchsetzen wollen, zumal dieser Konsens, den ja auch im Herbst '89 Hunderttausende auf den Straßen trugen, heute von der politischen Mehrheit zur Disposition gestellt wird.

Die Berliner PDS faßte auf ihrem Juni-Parteitag zum Thema »Bürgerrechte und Öffentliche Sicherheit« einen Beschluß, der auch kritisch mit der Sicherheitspolitik der SED und ihrem Staatsverständnis ins Gericht geht. An der Erarbeitung habe ich mich beteiligt. Dieser Beschluß verführte die TAZ dazu, die PDS auf dem Weg zu einer sozialistischen Bürgerrechtspartei zu sehen. Im zweiten Beschluß – »Polizei anders denken – Eckpunkte einer Reform« wurde ausdrücklich auf Erfahrungen der Grünen und von Bürgerrechtsgruppen verwiesen, was bemerkenswert ist.

So heißt mein Thema noch klarer: Bürgerrechte als unverzichtbarer Bestandteil demokratisch-sozialistischer Politik.

Nun also: Das Verhältnis des Sozialismus ... Meine Grundlage ist das eigene politische Erleben, auch das mir von anderen Vermittelte. Ein früher Einundfünfziger, mit pazifistisch-christlicher Prägung bis heute, dessen Vater aus Überzeugung nach Kriegserleben sich in der NDPD engagierte, um humanistisch-nationale Traditionen zu pflegen.

Zuerst will ich – in Ergänzung zu Schöneburg – über mein/unser Rechtserleben nach dem Krieg sprechen. Das DDR-Recht nahm ich als Gewohnheitsrecht wahr, was ein sehr positives Licht auf das allgemeine Rechtsbewußtsein und -empfinden wirft: So war das Familienrecht wie auch das heute viel umstrittene Kindschaftsrecht klarer und einsichtiger. Es gab keine rechtliche Benachteiligung von Kindern und Frauen. Der heutige Rechtszustand der Republik in diesem Feld ist noch von Bismarck geprägt. Das DDR-Zivilgesetzbuch wurde aktiv genutzt, stand bei vielen im Bücherschrank. Das Arbeitsgesetzbuch war verständlich und handhabbar.

Heute gerät die Tatsache, die den Vätern des Grundgesetzes wichtig war: Eigentum verpflichtet, und sein Besitz soll auch soziale Verantwortung für das Ganze sein – immer mehr in Vergessenheit. Es bedarf erst der Aufrufer und Erfurter Erklärer, daran zu erinnern. Man meint oft, der Artikel 1 des Grundgesetzes hieße nicht, die Würde des Menschen ist unantastbar, sondern das Eigentum des Alteigentümers ist unantastbar. Zugegeben: eine spezifische Ostsicht – aber auch sie ist Bestandteil der deutschen Einheit. Und kaum ein seriöser Politiker bestreitet noch, daß der Grundsatz »Rückgabe vor Entschädigung« einer der größten Fehler und eines der größten Geschäfte der Einheit war.

Zur Akzeptanz des Rechtsstaates und seines Rechts: Der Entwicklungsstand des heutigen Rechtsbewußtseins darf als stark abnehmend gelten. Angemessene Rechtssetzung und Rechtsprechung bedürfen auch gewisser Kontinuität. Die heutige Wahrnehmung erscheint oft willkürlich, Recht wird durch Politik ausgehöhlt. Bei den oft zitierten Eigentumsfragen: Wo bleibt die Verlässlichkeit, wenn trotz Festschreibung im Einigungsvertrag und mehrfacher Bestätigung durch das Oberste Verfassungsgericht die regierenden Parteien und gerade der Bundesjustizminister, der für die Rechtswahrung bezahlt wird, die Bodenreform in Frage stellt?

Wer konnte ahnen, daß das Genossenschaftsrecht, das seit 1898 gültig ist, zwar bei der Auflösung der Konsumgenossenschaften angewendet wurde, nicht aber bei LPG'n und Wohnungsbaugenossenschaften?

Dies legt den Schluß nahe, daß die Bundesregierung ihre Rechtsauffassung nach dem Kostenfaktor bemißt. Dies macht Rechtssicherheit zur inflationären Ware.

Auch ich hab schon oft – wie Sie – die Erfahrung machen müssen, daß meine Erfahrung Ost gegen Tradition West verliert, daß die andere Qualifikation mehr gilt. Auch das prägt Rechtsbewußtsein.

Spielregeln von gestern reichen nicht mehr. Vielleicht war die sogenannte Wende ein weiterer Schritt im Epochenbruch, der mit der Aufklärung begann. Dieser Geist stirbt langsam, wenn weiter politisches Recht als Unrecht produziert wird, also Recht neues Unrecht schafft, wie im Tarif- und Steuerrecht, im Erbrecht, im Bodenrecht ... Auch in der Bewertung von Geschichte. Wer weiter meint, die Hitlersche NS-Diktatur mit der DDR gleichzusetzen, verstetigt Unrechtsbewußtsein, verfälscht damit Geschichte.

Vergeben wurde vielen Ex-Nazis, die niemals Ex waren, schon in drei großen Amnestien Ende der vierziger Jahre. Erst durch den Druck des Auslandes fanden die großen Auschwitz- und Maidanek-Prozesse statt. Erst jetzt vor wenigen Tagen – mehr als 52 Jahre nach Kriegsende – stimmt die Bundesregierung einem Entschädigungsfonds für jüdische Opfer zu. Auf Druck von 84 amerikanischen Senatoren.

Es muß nun zwingend eine deutsch-deutsche Geschichtsbetrachtung her, vor dem Hintergrund der gescheiterten Naziherrschaft, die geteilte deutsche Geschichte produzierte. Daraus folgt, daß auch der gescheiterte Staatssozialismus als Teil deutscher Ge-

schichte und fortzuschreibender Teil politischer Kultur zu bewerten ist.

Im folgenden möchte ich darlegen, in welcher Tradition ich Bürgerbewegte, also das Eintreten für Bürgerrechte sehe.

Die Erfahrung zweier Weltkriege in Deutschland hatte gelehrt, daß der Kapitalismus zum Erzwingen seiner Verwertungsbedingungen auch bereit ist, Länder und Gesellschaften zu vernichten. So formulierten schon am 13. April 1945 Häftlinge des KZ Buchenwald das Manifest »Für Frieden, Freiheit und Sozialismus«. Im Juli wurde der 1. Bund Demokratischer Sozialisten gegründet. Ich erinnere daran, daß diese Ideen auch in den Westzonen mehrheitlich getragen wurden. Linke, libertäre und humanistische Traditionen kamen zu neuer Blüte. Bis in viele bürgerliche und kirchliche Kreise hinein wurde für einen demokratischen, freien und christlichen Sozialismus plädiert. Erinnert sei an das berühmte Ahlener Programm der CDU von 1947, das formulierte: Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Es müsse eine Neuordnung von Grund auf erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung dürfe nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.

Aus dieser Sicht könnte auch der Mauerbau 1961 gerechtfertigt erscheinen. Der Staat DDR, die SED, Nationale, Liberale, Christdemokraten und Bauern standen zum Gründungsversprechen des Antifaschismus und Antikapitalismus.

Im Westen wurde das Wirtschaftswunder als Fähigkeit zur sozialen Kooperation des Kapitalismus bestaunt. Ein großer historischer Irrtum, denn letztlich zwangen auch die sozialistischen Länder nach dem Mauerbau in Berlin und der Abwehr der Cuba-Invasion 1962 den Westen zum Status quo. Und nicht nur das: Dieser Druck von außen verdammt die kapitalistischen Ökonomien auch dazu, soziale Forderungen der Gewerkschaften und Parteien zu realisieren – auch, um den Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika die soziale Marktwirtschaft eher zur Nachahmung zu empfehlen als den Sozialismus.

Seitdem dieser Zwang entfallen ist, zeigt der Kapitalismus wieder sein wahres Gesicht. Soziale Leistungen sind nicht mehr bezahlbar, Gesundheits- und Altersrisiken werden privatisiert.

Sicher nicht nur für mich war der Einmarsch der Armeen des Warschauer Paktes im August 1968 – im Sommer vor 30 Jahren – in der Tschechoslowakei eine Zäsur. Es entstand demokratischer Widerstand in Parteigruppen, Betrieben, Schulen. Er entstand nicht, um sozialistische Identität zu leugnen, sondern um sie zu verteidigen. Sozialismus mit menschlichem Antlitz hieß das damals.

Nun – was längst jeder weiß –, das gesellschaftspolitische Konzept der DDR ist gescheitert. Es führte zur weitgehenden Entpolitisierung der Gesellschaft, nahm immer weniger Menschen mit und an. Nun forderten aber gerade die Reformer – auch in der SED –, die Bürgerbewegten eine verbesserte DDR, verbanden auch die Suche nach dem dritten Weg mit der Demokratisierung von Staat,

Partei und Gesellschaft, mit dem Aufbau von Rechtsstaatlichkeit im Sozialismus, klagten die DDR-Verfassung ein. Sie fragten damit den Führungsanspruch der SED an, wollten demokratische Institutionen, Freiheitsrechte, wollten Bürger, nicht Untertanen sein.

Wie ich es sehe, forderten Bürgerrechte auch schon die ein, die 1956 mit der Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag – denken wir an Harich, Janka und Just – sich der Rettung des Sozialismus verpflichtet fühlten, einen deutschen Weg zum Sozialismus wollten. So wie Bloch in seinem »Prinzip Hoffnung«, aus dem Volker Braun den »Aufrechten Gang« entlehnte. Damals forderten Kuczynski und Havemann Verwaltungs- und Verfassungsgerichte. In der Berliner Zeitung unterstützten sie Stefan Heym, vor 42 Jahren.

Auch Bahro suchte 1977 demokratische Mehrheiten innerhalb und außerhalb der Partei, wie später Rolf Henrich und Hans-Jürgen Fischbeck.

Also: Alltagsbeweise für Demokratie und Rechtsbewußtsein gab es immer, in Schulen und Betrieben, gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts, gegen Militärparaden, für Individual- und Menschenrechte, für Glaubens- und Meinungsfreiheit.

Dachte mancher vielleicht – wie Volkmarschöneburg – auch an den heute vor 10 Jahren sich vollziehenden Eklat am Rande der Luxemburg-Liebke-Gedenkkundgebung? 160 Oppositionelle wurden verhaftet, weil sie zitierten: Die Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden. Die nachfolgenden Prozesse waren letzte Zuckungen von Antidemokraten, die Schüler suspendierten wie an der Ossietzky-Oberschule in Pankow.

Deshalb wollte ich, als ich im September 1989 in meinem Heimatkreis Königs Wusterhausen das Neue Forum mitgründete, mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Leitbild war eine solidarische Gesellschaft, wie auch im Text des Aufrufs vom 4.11.1989: Für eine Erneuerung in unserem Land. Meine Flugblattzeile hieß damals: Bleibt hier, weil wir euch brauchen. Demonstranten drückten aus: Rechtsstaatlichkeit ist die beste Staatssicherheit.

Aber warum rede ich hier und was will ich heute? Kürzlich unterstellte »Die Welt«, die damaligen Bürgerrechtler seien sich in der Ablehnung der PDS einig. Dem ist mitnichten so. Immer noch für Bürgerbewegte müssen hier fordern: Ausgleich und Gerechtigkeit für den Wegfall von zwei Drittel der Industriearbeitsplätze im Osten, von 85 Prozent der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, von 80 Prozent in der Wirtschaftsforschung, von 50 Prozent der Plätze für Mitarbeiter und Assistenten an den Hochschulen. Das fehlende Vermögen verdammt den Neubürger zur Zweit- und Drittklassigkeit. Fast alle Leitungsfunktionen in Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Politik übernahmen Westdeutsche. Ich finde das Maß an Selbstgerechtigkeit, das viele Westdeutsche ungefragt vor sich hertragen, schwer erträglich. Da wird Feindschaft kultiviert, und undifferenzierte Betrachtung und das Problem der eigenen Wohlstandswahrung stehen vor dem der inneren Einheit.

Ich schlußfolgere: Sozialismus ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geht nicht, wäre ein Stamm ohne Wurzeln. Und so verstanden das nach meiner Erfahrung auch viele der letztlich wenigen Bürgerbewegten im Neuen Forum, in der Initiative Frieden

und Menschenrechte, in der Bewegung Demokratie Jetzt, im Demokratischen Aufbruch. In der hoch zu würdigenden, an dokumentarischer Originalität lesenswerten Fleißarbeit von Erhard Neubert »Geschichte der Opposition der DDR« belegt er vielfach das Verlangen von Unterzeichnern wie Eppelmann, Neubert und Nooke nach einem demokratischen Sozialismus. Also bin nicht ich im Erklärungszwang, warum ich dies immer noch vertrete, sondern in dieser Not sind die Genannten, um ihre politischen Konsequenzen damaliger Positionen heute glaubhaft zu vertreten.

Aus diesen wurden Bürgerrechtler, Rechthaber und rechte Bürger. Sie waren und sind eine verschwindende Minderheit, trotz der Medienaufmerksamkeit. Manchmal meint man, solch Ehrentitel »Bürgerrechtler« werde vom Kanzleramt oder dem Protokollchef des Bundespräsidenten verliehen.

Das Erbe der DDR-Bürgerbewegung darf nicht zur Legitimationskrücke jüngster Regierungspolitik verkommen. Dies an alle, die meinen, ihr Erbteil in die CDU einbringen zu müssen.

Für mich heißt die Schlußfolgerung: Bürgerrechte müssen Bestandteil des demokratischen Sozialismus sein.

Für mich ist der idealistische Überschuß des Wendeherbstes ein Beitrag zur Fortentwicklung der deutschen politischen Kultur. Bürgerrechtler sind eine Legitimationsressource politischer Macht. Das hat die Stabsgruppe um Anton Pfeiffer im Kanzleramt sowie im Adenauerhaus längst erkannt und strategisch umgesetzt.

Obwohl sich die Themenvorgabe nur auf Geschichte und Gegenwart bezieht, gestatten Sie mir einen kurzen Blick in die Zukunft.

André Brie hat da wohl recht: Es gibt nur die Wahl zwischen neoliberaler Deregulierung oder radikaler Demokratisierung. Und ich meine auch: Was uns heute als Ost-West-Differenz erscheint, ist dem Wesen nach die größer werdende Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit der politischen und ökonomischen Grundordnung der Bundesrepublik und Europas. Gerechtigkeit ist nicht nur im Osten mit der Gleichheit verwandt, sondern trifft auch das Verständnis des Grundgesetzes und der sozialen Marktwirtschaft. Nicht Gleichheit, aber Chancengleichheit wäre die Voraussetzung für die innere Einheit Deutschlands gewesen. Die Vereinigungspolitik schafft täglich mehr Tatsachen, dies auf lange Sicht auszuschießen.

Es bedarf einer starken linken Kraft, um eine Politik einzufordern, die Reformen wenigstens auf den Weg bringt. So müßte man jetzt eine PDS schaffen, wenn es sie nicht gäbe. Die Regierungspolitik stellt die Würde des Menschen zur Option, deshalb müssen Demokraten, Liberale, Humanisten, Sozialisten und Christen aufbegehren.

Regierungspolitik neu müßte heißen: Der Staat hat die rechtsstaatliche Regulierung der Marktwirtschaft zur Gewährleistung von sozialem Ausgleich und Umweltverträglichkeit zu sichern. Nichts ist demokratiegefährdender und höhlt den Rechtsstaat mehr aus als der ungezügelter Markt.

Deshalb müssen heute Bürgerbewegte und demokratische Sozialisten berufene Hüter und Verteidiger des Rechtsstaates sein. Eine ungewohnte Rolle.

Linke müssen Weltmonopole begrenzen wollen, oligarchische Medienmacht beschränken wollen, gegen den Abwärtsdruck auf Löhne und soziale Leistungen sowie die gegen Bildungsnivellierung kämpfen.

Die meisten Parteien in dieser Republik höhlen die Demokratie aus, sie bieten mediale Inszenierungen. Ihre Führer verweigern sich den Erfahrungen ihrer Mitglieder und der Kommunikation mit politischen Konkurrenten. Wir kommen dem Modell des monarchistischen Obrigkeitsstaates wieder näher. Entweder gelingt Europa als soziales Projekt, oder es verkommt zur Konzern- oder Währungsholding.

Damit sind wir am Schluß wieder oder immer noch bei Rosa Luxemburg: Sozialismus oder Barbarei.

Zeitgleich fragt »Der Spiegel« heute abend in der Berliner Samariterkirche: Wem gehört die Bürgerbewegung? Meine Antwort lautet: Dem, der sie sich politisch-inhaltlich aneignet. Kurzum: Ehemalige SED-Reformer, heute bestenfalls hoffentlich bei der PDS, und Bürgerbewegte gehören zusammen. Mit Lothar Bisky streite ich – mit ähnlichen Auffassungen, wie er sie in seiner Schrift vom Dezember 1995 darlegte – für einen libertären Sozialismus, der die Ideen der Aufklärung erneuert. Dazu bedarf es des aktiven Wirkens in die Gesellschaft – auch aus diesem Saal heraus.

Denn dies soll ja kein Parteilehrjahr, keine Mitgliederschulung sein. Bürgerbewegte und demokratische Sozialisten haben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bitter nötig, haben sie sauer verdient.

In diesem Sinne halt ich's mit denen, die bekunden: »Für demokratischen Sozialismus haben wir bisher nicht zu viel, sondern zu wenig getan.«